ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Schmahl, Hans-Jürgen

Article — Digitized Version

Wirtschaft 1967 - Bilanz ohne Glanz

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schmahl, Hans-Jürgen (1967) : Wirtschaft 1967 - Bilanz ohne Glanz, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 47, Iss. 12, pp. 605-606

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/133786

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Wirtschaft 1967 — Bilanz ohne Glanz

Die wirtschaftliche Bilanz des Jahres 1967 bietet wenig Anlaß zur Selbstzufriedenheit. Allenfalls gemessen an düsteren Erwartungen, wie sie nicht wenige zu Beginn des Jahres hegten, mag Genugtuung darüber herrschen, noch einmal davongekommen zu sein. Doch das kann kein befriedigender Beurteilungsmaßstab sein. Jedenfalls nicht für den auf konkrete Ziele verpflichteten Wirtschaftspolitiker und auch nicht für den analysierenden Wirtschaftsbeobachter, der Sein und Seinsollen, wie es durch politische Absichtserklärung oder durch Gesetz definiert ist, vergleichend gegenüberstellt und damit zwangsläufig immer wieder zum Mahner der aktiv gestaltenden Politiker wird.

Vier Ziele der Wirtschaftsablaufspolitik hat der Gesetzgeber im Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft fixiert: Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand, außenwirtschaftliches Gleichgewicht sowie stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum. Diese Zieldeklaration ist keineswegs präzise. Was heißt „hoher" Beschäftigungsstand, was „angemessenes" Wirtschaftswachstum? Selbst die vermeintlich eindeutigen Teilziele bedürfen in Wirklichkeit der Auslegung. Fachleute sind sich längst darüber einig, daß Stabililität des Preisniveaus unter normalen Bedingungen nicht Preisindexstabilität bedeuten kann. Und beim außenwirtschaftlichen Gleichgewicht ist es fraglich, ob eine ausgeglichene Devisenbilanz bei extrem hohen Ungleichgewichten von Leistungsbilanz einerseits und Kapitalbilanz andererseits den Gleichgewichtstatbestand erfüllt. Die Definitionen des Gesetzes geben also nur Anhaltspunkte.

Messen wir an ihnen die Ergebnisse dieses Jahres. Der Preisindex des Bruttosozialprodukts, ein sehr umfassender, aber methodisch problematischer Ausdruck für die Veränderung des durchschnittlichen Preisniveaus, erhöhte sich um weniger als 1 %, der viel gebräuchlichere Preisindex für die Lebenshaltung um reichlich 1½ %. In den besonders konjunkturreagiblen Bereichen — Industrie und Bauwirtschaft — sind die Preise sogar absolut zurückgegangen, Mieten und Dienstleistungen dagegen haben sich weiter verteuert. Die Preisentwicklung dieses Jahres hat also deutlich gemacht, wo heute unter den herrschenden wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Bedingungen die Grenzen für die „Preisstabilität" liegen. Stellt man höhere Anforderungen, muß man andere Bedingungen schaffen, wie sie etwa vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung wiederholt dargelegt worden sind.

Die Zahl der Erwerbstätigen war im Jahresdurchschnitt um rund 750 000 Personen niedriger als im Vorjahr. Davon geht allerdings ein Teil auf das Konto von Verschiebungen des Schulentlassungstermins um ein halbes Jahr. Der Konjunkturrückgang hatte zur Folge, daß die Zahl der beschäftigten Ausländer im Jahresdurchschnitt jeweils um mehr als 200 000 niedriger, die der Arbeitslosen um knapp 300 000 höher war. Ferner gab es im Durchschnitt fast 150 000 Kurzarbeiter, während im Vorjahr die Kurzarbeit fast keine Rolle gespielt hatte. Zweifellos war der Beschäftigtenstand immer noch „hoch", aber nichtsdestoweniger wird man die wirtschaftlichen und vor allem die sozialen Schäden, die mit dem Verlust so vieler Arbeitsplätze verbunden waren, nicht als unerheblich ansehen können. Auch das Schicksal der betroffenen Ausländer kann uns nicht gleichgültig sein.

Im Außenhandel wurde der noch niemals annähernd erreichte Überschuß von gut 17 Mrd. DM erzielt. Um diese Größenordnung recht zu würdigen, muß man sich daran erinnern, daß in den zwölf Monaten, die der DM-Aufwertung 1961 vorangingen, der Ausfuhrüberschuß nur 6,6 Mrd. DM betrug. Die extrem hohen Außenhandelsüberschüsse waren in zweifacher Hinsicht konjunkturbedingt (und sind damit auf den „harten Kern", der für die Abdeckung der strukturell defizitären Posten in unserer Zahlungsbilanz erforder-

lich ist, reversibel). Sowohl der gemessen an der Welthandelsentwicklung relativ große Anstieg der Ausfuhr als auch der noch gewichtigere Rückgang der Einfuhr standen im Zusammenhang mit der inneren Konjunkturschwäche. Auch nach Abzug der Defizite bei den Dienstleistungen und Übertragungen blieb noch ein Überschuß von rund 10 Mrd. DM. Er ist durch Geld- und Kapitalexporte weitgehend kompensiert worden. Doch kann man deshalb von außenwirtschaftlichem Gleichgewicht sprechen? Wenn ja, dann doch wohl nur von einem sehr labilen.

Schließlich ist das wirtschaftliche Ergebnis dieses Jahres unter dem Wachstumsgesichtspunkt zu prüfen. Das erreichte Ergebnis war leicht negativ, das reale Bruttosozialprodukt schrumpfte um ein halbes Prozent. Hier ist das Ziel also eindeutig nicht erreicht worden. Doch was wäre „angemessen" gewesen? Von der Mehrzahl der empirischen Wirtschaftsforscher wird auf Grund hypothetischer Berechnungen angenommen, daß das reale Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik im Stadium der Vollbeschäftigung um durchschnittlich 4 % im Jahr steigen kann. Wenn man von dieser — a priori weder beweisbaren noch widerlegbaren — Annahme ausgeht, dann ist es nur folgerichtig, das Verfehlen des vom Gesetzgeber vorgegebenen Wachstumziels als Differenz zwischen möglichem und tatsächlichem Wirtschaftswachstum zu messen. Man käme dann zu dem Ergebnis, daß das Bruttosozialprodukt gegenüber dem Vorjahr um rund 22 Mrd. DM hätte größer sein können, als es tatsächlich geworden ist. Dabei ist nicht berücksichtigt, daß in diesem Jahr der „Wachstumsspielraum" sogar mehr als 4 % ausmachte.

Solche Rechnungen hat z. B. der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem Sondergutachten im Frühjahr 1967 (und in seinem jüngsten Jahresgutachten erneut) aufgemacht, und er ist deswegen in der Öffentlichkeit vielfach angegriffen worden. Das ist, wenn überhaupt mit sachlichen Gründen, eigentlich nur mit einem Mißverständnis des Anliegens zu erklären, das mit derartigen Berechnungen verfolgt wird. Niemand wird im Ernst behaupten, daß es just diese Zahl von Milliarden DM ist, die uns an Sozialprodukt unwiderruflich entgangen ist. Es geht doch nur darum, die Größenordnung der „Kosten" deutlich zu machen, die eine weniger gelungene Wirtschaftsablaufspolitik im Vergleich zu einer besser gelungenen verursacht. Man kann sie genauso für andere Hypothesen errechnen, etwa für einen realen Wachstumsspielraum von 3 %. Dann wäre der „Verlust" rund 17 Mrd. DM gewesen, was nur zeigt, daß er allemal Größenordnungen hat, die wir uns angesichts so vieler aufgeschobener Aufgaben ganz einfach nicht leisten können. Hypothetische — aber keineswegs unrealistische — Wachstumsraten und Wachstumsverluste sind ein Beitrag zu der immer wieder geforderten Versachlichung der Wirtschaftspolitik. Denn Versachlichung heißt in erster Linie: bessere Durchleuchtung der Verhältnisse.

Über den Passivposten dieses Jahres soll jedoch ein wichtiges Aktivum nicht vergessen werden. Es ist der gelungene Beweis, daß man auch bei uns eine Rezession nach relativ kurzer Zeit auffangen kann. Denn darüber besteht mittlerweile überhaupt kein Zweifel mehr: In der Wirtschaft geht es zwar noch sehr langsam, aber doch unverkennbar aufwärts. So ist denn auf die negative Erfahrung des Jahres 1966, nämlich das Auftreten der ersten Rezession in der Nachkriegszeit, die positive rasch gefolgt, nämlich die erste Bewährung einer Antirezessionspolitik. Zwar hat es sich gezeigt, daß prozyklisches, also im Ergebnis die Rezession verschärfendes Verhalten fast allen Beteiligten näher liegt als antizyklisches (selbst wenn die Deklamationen anderes versprachen). Doch der Versuch ist dennoch gelungen, freilich begünstigt durch eine Weltkonjunktur, die während des größeren Teils der Rezessionsphase Exportanstrengungen honorierte. Das ist Vertrauenskapital für die Zukunft.

So sind denn die konjunkturpolitischen Sorgen schon weitgehend verflogen. Die meisten Konjunkturbeobachter erwarten für 1968 einen Anstieg des realen Bruttosozialprodukts um etwa 4 %. Ohne die Pfund-Abwertung, die die Exportchancen etwas verschlechtert, wären es vielleicht sogar 5 % gewesen. Doch nach einer gewissen Zeit, möglicherweise erst ab 1969, wird sich wieder das Stabilitätsproblem stellen. Wird auch dann, unter den Bedingungen der Hochkonjunktur, die „konzertierte Aktion" funktionieren? Wird das Konzept des „Aufschwungs nach Maß" für mehr als kurze Frist zu verwirklichen sein? Die Beendigung der Rezession ist gelungen, wird auch das Stabilitätsproblem zu lösen sein? Ganz zu schweigen von der unbewältigten Finanzkrise und den Strukturproblemen. Die Wirtschaftspolitik hat erst die akuteste ihrer Aufgaben bewältigt. Schwierigere harren noch der Lösung.

Hans-Jürgen Schmahl